

Policy Brief

Die zweigeteilte Ratspräsidentschaft Frankreichs Vorsitz im Rat der Europäischen Union in Wahlkampfzeiten

Dr. Yann Wernert, Policy Fellow
Henriette Heimbach, Affiliate Policy Fellow

25. November 2021

#PFUE
#France
#CouncilPresidency

Die französische Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2022 steht unter einem besonderen Stern. Während viele europäische Dossiers wie das Gesetz über die Digitalen Dienste oder das Klimapakete „Fitfor55“ auf entscheidende Anstöße und erfolgreich geführte Verhandlungen warten, finden in Frankreich Präsidentschafts- und Parlamentswahlen ab April statt. Präsident Macron wird daher die ersten drei Monate der Ratspräsidentschaft intensiv nutzen, um politische Akzente zu setzen, das europäische Projekt voranzutreiben und sich darüber im französischen Wahlkampf zu profilieren. Mit den Wahlen setzt dann eine technokratische Phase der Ratspräsidentschaft ein, in der nur wenige Ergebnisse zu erwarten sind.

Einführung

Die EU-Ratspräsidentschaft, die Frankreich im ersten Halbjahr 2022 übernimmt, fällt in eine bewegte Zeit. Während viele europäische Dossiers auf entscheidende Anstöße und erfolgreich geführte Verhandlungen warten, finden in Frankreich Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt. Die sechsmonatige Ratspräsidentschaft des Landes wird daher in zwei Phasen geteilt: in eine erste politische Phase bis etwa Ende März, und in eine zweite, technokratische Phase für den Rest der Präsidentschaft.

Frankreich wird seine Ratspräsidentschaft an den Leitbegriffen *Relance*, *Puissance*, *Appartenance* (oder auf Deutsch und weniger elegant: Aufschwung, Stärke, Zugehörigkeit) ausrichten. Die konkreten Prioritäten sind noch nicht bekannt und werden erst im Dezember vom französischen Präsidenten öffentlich gemacht.

Vor allem seit dem Vertrag von Lissabon ist die Rolle der rotierenden Ratspräsidentschaften begrenzt. Die Ratspräsidentschaft hat drei wichtige Aufgaben: Sie leitet erstens die Ratssitzungen sowie die vorbereitenden Arbeitsgruppen, und legt jeweils die Tagesordnung fest. Damit setzt sie

die Schwerpunkte der Ratsarbeit. Sie muss zweitens unter Rückstellung eigener Interessen Kompromisse innerhalb des Rates schmieden. Drittens vertritt die Ratspräsidentschaft den Rat in den Verhandlungen mit anderen EU-Institutionen.

Dieser Policy Brief zeigt auf, welche Auswirkungen auf Ablauf und Inhalte der EU-Ratspräsidentschaft durch die nationalen Wahlen zu erwarten sind.

Die Wahlen setzen einen besonderen Rahmen

Die EU-Ratspräsidentschaft wird durch den nationalen Wahlkalender **zweigeteilt** sein. Frankreich erwarten im ersten Halbjahr 2022 zwei Wahlen in jeweils zwei Wahlgängen: die Präsidentschaftswahlen werden am 10. und 24. April stattfinden, gefolgt von den Parlamentswahlen zur Nationalversammlung am 12. und 19. Juni. Die Zeit vor dem offiziellen Wahlkampfbeginn am 28. März 2022 wird für Macron starke Anreize bieten, Frankreichs Rolle als **Agendasetter und Gestaltungsmacht** zumindest symbolisch wahrzunehmen. Die zweite Hälfte der Ratspräsidentschaft wird unter den Vorzeichen einer eher **technokratischen Phase** eingeläutet, in der die Arbeit vor allem in den Ministerien auf der Arbeitsebene weitergeführt wird.

Die Ratspräsidentschaft als Bühne vor der Wahl

Die zwei Wahlkämpfe werden politisch einen starken Einfluss auf die Ratspräsidentschaft haben. Macron wird versuchen, sie als Bühne für den Wahlkampf zu nutzen und sich als pro-europäischer Präsident zu präsentieren, der nicht nur ankündigt und fordert, sondern auch **Ergebnisse erzielt**. Diese Profilierung wird dadurch noch attraktiver, dass die derzeit in Umfragen bestplatzierten Anwärter:innen auf das Präsidentenamt einer latent oder offen euroskeptischen Linie folgen.

Macrons europapolitische Bilanz Macrons ist allerdings gemischt. Es ist ihm über lange Strecken nur schwerlich gelungen, Verbündete für seine in der Sorbonne-Rede 2017 beschriebenen, weitreichenden Vorhaben zu finden. Das europäische Wiederaufbauinstrument ist hier die große Ausnahme. Vor diesem Hintergrund könnten symbolische Verhandlungserfolge in der Präsidentschaft Macron als Kandidat durchaus helfen.

Gleichzeitig wird er auch darauf achten, keine Angriffsfläche zu bieten. Die politische Konkurrenz wird versuchen, Kompromisse im Rahmen der Ratspräsidentschaft als Ausverkauf französischer Interessen zu brandmarken. **Die Rückstellung eigener Interessen wird Frankreich damit während seiner Ratspräsidentschaft nur selten leisten können.**

Formale Einschränkungen während des Wahlkampfes

Um einen **fairen Wahlkampf** zu ermöglichen, werden in Frankreich den Kandidat:innen und ihren Unterstützer:innen, die politische Ämter bekleiden, in der Zeit vor den Wahlen besondere Beschränkungen auferlegt. Zwei Punkte sind dabei in Bezug auf die Ratspräsidentschaft besonders wichtig: die sogenannte „Zurückhaltungszeit“ (*période de réserve*), in der die Regierung sich politisch sehr stark zurücknehmen muss, und die begrenzten **Sprechzeiten**, die den Kandidat:innen in den Medien zugestanden werden.

Die *période de réserve* beginnt einen Monat vor dem ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahl, in dieser Zeit dürfen Regierungsmitglieder **die eigene Bilanz nicht mehr positiv hervorheben**. Auch auf die Umsetzung politischer Vorhaben in letzter Minute soll verzichtet werden, die Verletzung dieser Konvention würde hohe politische Kosten nach sich ziehen. Diese Verpflichtung zur politischen Neutralität friert die öffentlich sichtbaren Aktivitäten der Regierung de facto ein.

Parallel dazu werden die **Sprechzeiten** von Kandidat:innen durch den *Conseil Supérieur de l'Audiovisuel* CSA (Hoher Rat audiovisueller Medien) streng geregelt. Abgestuft nach zeitlicher Nähe zum Wahlgang wird von den Medien erwartet, beginnend mit dem 1. Januar 2022 zunächst in fairem Verhältnis zum letzten Wahlergebnis, später in vergleichbarem Verhältnis zwischen den politischen Kräften, und im letzten Monat vor der Wahl in komplett gleichen Anteilen und zu selben Sendezeiten den Kandidat:innen Sprechzeiten zuzuteilen. Gezählt werden auch Beiträge, die das politische Wirken von Kandidat:innen neutral oder wohlwollend kommentieren, sie müssen sich also gar nicht selbst äußern. Sobald sich Regierungsmitglieder also für die Wiederwahl Macrons aussprechen, gelten sie als Unterstützer:innen und ihre öffentlichen Aussagen werden im Detail daraufhin untersucht, ob man sie als Wahlkampfhilfe betrachten kann.

Beides hat Auswirkungen auf die Ratspräsidentschaft. Die gebotene Neutralität in der *période de réserve* friert das Regierungsgeschehen kurzfristig ein. Auch die Regelungen zu Sprechzeiten bringen Nachteile mit sich. Zwar können Minister trotzdem die Ratssitzungen leiten, auch muss Macron selbst nicht um seine Redezeit fürchten: Der CSA hat vor wenigen Wochen verkündet, dass seine Aktivitäten im Rahmen der Ratspräsidentschaft nicht als Sprechzeit für den Wahlkampf gezählt werden – solange er nicht den Bogen zur nationalen Debatte schlägt. Sie zwingen jedoch zur permanenten Vorsicht, niemand will mitten im Wahlkampf eines Regelbruchs bezichtigt werden. Die Konsequenz: **Je näher die Wahl rückt, desto unbeweglicher wird die französische Regierung.** Ihre Handlungsfähigkeit auf europäischer Ebene wird parallel dazu schrumpfen. Daher wird vor allem der Beginn der Ratspräsidentschaft entscheidend sein.

Eine technokratische Phase nach der Wahl

Die Zeit nach den Präsidentschaftswahlen wird durch die Frage der Regierungsbildung geprägt werden. In einem Wechselszenario würde die Regierung bis Ende Juni kaum in der Lage sein, die Ratspräsidentschaft engagiert wahrzunehmen; aber auch bei einem Kontinuitätsszenario wären die Hürden groß. In beiden Fällen würde eine **technokratische Phase** beginnen.

Eine Wiederwahl Emmanuel Macrons, [wie sie derzeitige Umfragen prognostizieren \(Kontinuitätsszenario\)](#), würde nur bedingt dazu beitragen, schnell eine durchsetzungsstarke Regierung zu bilden. Die Tage nach der Wahl bieten die Gelegenheit, eine neue, vorwärtsgewandte Regierung zu präsentieren, wenig erfolgreiche Minister:innen auszutauschen, und durch einen personellen Umbau die Prioritäten für die nächsten Jahre deutlich zu machen. Die zwischen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen gebildete Regierung wird traditionell nach Vorliegen des Ergebnisses der Parlamentswahlen **wieder aufgelöst**, in diesem Zuge werden Ministerien neu besetzt und den geänderten Kräfteverhältnissen im Parlament Rechnung getragen.

Auch werden in der Zeit zwischen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen normalerweise kaum politische Entscheidungen getroffen, um eine erwartete parlamentarische Mehrheit für den frisch gewählten Präsidenten nicht zu gefährden. Ein **abschließendes Personaltableau** der Regierung und eine konsolidierte Exekutive sind somit erst **Ende Juni 2022** zu erwarten. Die engagierte Wahrnehmung der Ratspräsidentschaft ist dadurch sehr schwierig, je nach Art und Umfang des Regierungsumbaus könnten aber einzelne europäische Dossiers noch vorankommen.

Noch umfangreichere Auswirkungen auf die französische Ratspräsidentschaft würde jedoch eine Ablösung Emmanuel Macrons im Präsidentenamt haben (**Wechselszenario**). Alle Ministerien müssten in so einem Fall neu besetzt werden, die in der französischen Verwaltung so wichtigen Mitarbeiter:innenstäbe direkt um die Minister:innen neu zusammengestellt und eingearbeitet werden. Durch die zu beobachtende Polarisierung im politischen Diskurs ist die Übernahme bereits regierender Minister:innen äußerst unwahrscheinlich.

In einem solchen Wechselszenario würden die o.g. Faktoren, die für eine technokratische Phase sprechen, noch einmal deutlich verstärkt werden. Je deutlicher sich die europapolitischen Positionen der/des Gewählten von denen des amtierenden Präsidenten unterscheiden, desto länger würde zudem eine Rückkehr zur Gestaltungsfähigkeit der Regierung dauern. Für die verbleibende Zeit der Ratspräsidentschaft wären **kaum noch europapolitische Impulse** von Bedeutung zu erwarten.

Die Wahlen beeinflussen die Agenda

Macron wird also versuchen, die ersten drei Monate der Ratspräsidentschaft zu nutzen, um politische Erfolge zu erzielen. Diese kurze Zeitspanne ist deshalb schon jetzt prall mit Terminen gefüllt. Wie oben beschrieben ist die Themensetzung der Ratspräsidentschaft auch immer vor dem Hintergrund des französischen Wahlkampfes zu verstehen: Sie gibt Präsident Macron innenpolitisch eine Bühne, um für seine pro-europäische Reformagenda zu werben.

Die Ratspräsidentschaft steht unter dem Motto **Relance** (Aufschwung) – **Puissance** (Stärke) – **Appartenance** (Zugehörigkeit):

Relance	Puissance	Appartenance
bezieht sich dabei auf den politischen Willen, die EU nach der Corona-Pandemie und der damit einhergehenden wirtschaftlichen Krise wiederaufzubauen, sie wirtschaftlich und sozial gut aufzustellen. Im Fokus stehen hier die Wirtschafts-, Digital- und Klimapolitik.	greift einen klassischen französischen Ansatz auf, bei dem es um die strategische Autonomie und Souveränität der EU vor allem in den Bereichen Außen- und Verteidigungspolitik, Technologie, Digitales, Energie und Wirtschaft geht. Die EU soll besonders nach außen einseitige Abhängigkeiten ablegen, Handlungsfähigkeit beweisen und zu einem starken außenpolitischen Akteur werden.	ist ein nach innen gerichteter Leitbegriff. Erwartet wird vor allem ein Narrativ, eine politische Erzählung, die das Gefühl der Zugehörigkeit zur EU beleben soll. Im Vordergrund stehen die Stärkung und Wahrung der europäischen Werte wie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, aber auch Sicherheit und Freiheit. Rahmen und Anlass dafür könnte die Rede von Emmanuel Macron im Europäischen Parlament in Straßburg oder bei der Konferenz über die Zukunft Europas sein.

In all diesen drei Bereichen gibt es eine Vielzahl von Ideen und Projekten, die im Gespräch sind. Nur wenige werden sich in der Kürze der Zeit und vor dem Hintergrund aktueller politischer Entwicklungen anstoßen oder umsetzen lassen. Präsident Macron wird vor allem die Themen forcieren, bei denen Ergebnisse erreichbar sind und die ihm helfen, sich im Wahlkampf zu profilieren: „Gewinner-Themen“. Immer präsent sind auch die „dicken Bretter“: komplexe europäische Projekte oder Legislativpakete, die sich über mehrere Jahre erstrecken und über die französische Ratspräsidentschaft hinaus weiterverhandelt werden müssen. Schließlich wird die Ratspräsidentschaft auch mit neuen politischen Ereignissen, die sich auf die Agenda drängen,

und unliebsamen Themen, die Macron im Wahlkampf wenig Punkte bescheren werden, umgehen müssen: den „Störfaktoren“.

Die Gewinner-Themen

Beim Thema Digitalisierung könnte Emmanuel Macron punkten wollen, der sich stets für eine Regulierung der Techgiganten wie Google, Facebook, Amazon und Co. (im französischen Diskurs „GAFAM“) eingesetzt hat. Wahrscheinlich ist daher, dass Macron den Abschluss der [europäischen Gesetzespakete über die Digitalen Märkte und Dienste](#) aktiv unterstützen wird, die großen Internetunternehmen eine Liste von Verpflichtungen auferlegt und bei Nichteinhaltung Geldbußen vorsieht. Mitte November 2021 hat der Rat eine gemeinsame Verhandlungsposition vereinbart. Damit werden Trilog-Verhandlungen zwischen Kommission, Parlament und Rat unter der französischen Ratspräsidentschaft wahrscheinlich. Mit Blick auf den Wahlkampf ist das ein sehr willkommenes Thema für den französischen Präsidenten, der sich seit 2017 für eine „Start-up-Nation“ stark macht und sich als Gestalter einer digitalen Zukunft sieht. Zudem sind die großen US-Konzerne in der französischen Öffentlichkeit alles andere als populär.

Im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik soll der [Strategische Kompass der EU für Sicherheit und Verteidigung](#) im März 2022 verabschiedet werden. In diesem Dokument soll die Rolle der EU im Bereich Sicherheit und Verteidigung in den nächsten fünf bis zehn Jahren skizzieren werden. Der Entwurf umfasst ambitionierte Vorschläge, wie eine von Frankreich vorangetriebene schnelle Eingreiftruppe. Es ist kein Zufall, dass die abschließende Verhandlung unter der französischen Ratspräsidentschaft stattfindet. Dies war ein Kompromiss mit der deutschen Ratspräsidentschaft: Berlin stößt den Prozess an, aber Paris bringt ihn über die Schwelle. Frankreich ist ein langjähriger Vertreter größerer strategischer Autonomie der EU. Der Kompass könnte somit Macrons Profilierung im Wahlkampf dienen, zumal seine aussichtsreichsten Kontrahent:innen die Möglichkeit einer europäischen Kooperation als stark beschränkt darstellen.

Darüber hinaus wird sich die französische Ratspräsidentschaft aktiv für die Direktive zur [Einführung eines Rahmens für Mindestlöhne in der EU](#) einsetzen. Entsprechende Verhandlungen wurden bereits von Frankreich mit nordischen Ländern, die dies angesichts ihrer Sozialmodelle skeptisch sehen, im Herbst 2021 geführt. Dies würde dem Narrativ Macrons eines „Europas, das schützt“ entgegenkommen und eine symbolische Antwort auf die in Frankreich weitverbreitete Sorge bezüglich der Verlagerung von Arbeitsplätzen bieten.

Die dicken Bretter

Im Hinblick auf den Klimaschutz, ein immer wieder in den Vordergrund gerücktes Thema in der bisherigen Amtszeit des französischen Präsidenten, kann Macron die Verhandlungen zum „**Fit for 55**“-Paket vorantreiben. Das Paket sieht vor, dass die EU ihren CO₂-Ausstoß um 55 Prozent bis zum Jahr 2030 reduziert und bis 2050 Klimaneutralität erreicht. Präsident Macron wird einen Schwerpunkt auf den **CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM)** legen, der gerade in Frankreich besonders populär ist. Dabei sollen CO₂-intensive Produkte wie Zement, Stahl oder Strom, die in die EU importiert werden, mit einer CO₂-Abgabe belegt werden, wenn es im Herkunftsland keinen adäquaten CO₂-Preis gibt. Allerdings wird dieser Mechanismus wohl im Gesamtpaket verhandelt und eine Einigung während der französischen Präsidentschaft scheint deshalb unwahrscheinlich. Der CBAM hat hohen symbolischen Wert in Frankreich, weil er gleich mehrere Schlüsselthemen anspricht: die französische Wirtschaft vor ungleichem Wettbewerb zu schützen und in eine nachhaltige Zukunft zu führen, sowie den Handel zu regulieren.

Fraglich ist, ob sich Frankreich an die Reform des **Stabilitäts- und Wachstumspakts** wagt. Während

der französischen Ratspräsidentschaft muss zumindest geklärt werden, welche Regeln ab 2023 gelten. Unklar ist noch, inwieweit die Präsidentschaft auch eine grundsätzlichere Diskussion zur Zukunft der Regeln forcieren wird. Dies wird auch maßgeblich von der Positionierung der neuen deutschen Bundesregierung abhängen. Die Frage der fiskalischen Spielräume birgt für Frankreich politische Sprengkraft. Im Zuge der Pandemie wurde der Haushalt stark belastet und viele neue Schulden aufgenommen. Dass dies auch im Wahlkampf eine große Rolle spielen wird, deutet sich durch Debatten um die Sanierung des Haushalts bereits an.

Schließlich soll die [Konferenz über die Zukunft Europas](#) in der ersten Jahreshälfte 2022 abgeschlossen werden. Die Zukunftskonferenz ist ein Kernprojekt von Macrons Europapolitik, das er initiiert hatte. Die Zukunftskonferenz soll seit Mai 2021 unter Bürgerbeteiligung Vorschläge erarbeiten, wie die EU und insbesondere die europäische Demokratie weiterentwickelt werden kann. Trotz des um ein Jahr verzögerten Starts wurde das Abschlussdatum der Zukunftskonferenz beibehalten, auch weil Macron sich darüber profilieren wollte. Zuletzt wurde allerdings politisch nicht mehr viel von der Zukunftskonferenz erwartet. Daher wird es interessant zu sehen, wie Macron in seiner geplanten Rede während der Plenarversammlung der Konferenz im März 2022 dem Projekt Flügel verleihen möchte.

Ein volles erstes Halbjahr 2022

19. Januar	Rede des französischen Präsidenten vor dem Europäischen Parlament in Straßburg
17./18. Februar	Internationales Gipfeltreffen: EU und Afrikanische Union
März	Verabschiedung des Strategischen Kompasses
März	Verteidigungsgipfel
10./11. März	Rede des französischen Präsidenten bei der Konferenz über die Zukunft Europas
11. März	Offizielle Veröffentlichung der Präsidentschaftskandidat:innen
23. März	Sozialgipfel
24. und 25. März	Europäischer Rat
28. März	Offizieller Beginn der französischen Präsidentschaftskampagne
10. April	Erster Wahlgang der französischen Präsidentschaftswahlen
24. April	Stichwahl der französischen Präsidentschaftswahlen
13. Mai	Späteste Amtsübergabe bei Wechsel der Präsidentschaft
12. Juni	Erster Wahlgang der französischen Parlamentswahlen (Assemblée nationale)
19. Juni	Zweiter Wahlgang der französischen Parlamentswahlen
23./24. Juni	Europäischer Rat

Die Störfaktoren

Ratspräsidentschaften verlaufen selten nach Plan. Aktuelle politische Entwicklungen, Krisen und Konflikte verändern die lang vorbereitete Agenda und erfordern ein schnelles und flexibles Handeln. Andere Themen sind wiederum für eine Ratspräsidentschaft unvermeidbar, trotz der Gefahr, zuhause Punkte bei der eigenen Wählerschaft zu verlieren. Für die kommenden Monate zeichnen sich bereits vier potenzielle „Störfaktoren“ ab: der Konflikt mit Belarus, der Brexit-Streit, die Debatte um die Rechtsstaatlichkeit und der Umgang mit der Corona-Pandemie.

Der **Auseinandersetzung mit Belarus** über den Umgang mit Geflüchteten an der polnisch-belarussischen Grenze weitet sich zu einem internationalen Konflikt aus, dessen Lösung noch die französische Ratspräsidentschaft beschäftigen könnte. Dabei könnte es, neben dem verstärkten Schutz der EU-Außengrenze und dem Verhältnis zu Russland, auch um die Verteilung von Geflüchteten innerhalb der EU gehen. Für Emmanuel Macron ist das mitten im französischen Wahlkampf ein heißes Eisen, da die Kandidat:innen des rechten Parteienspektrums schon jetzt lautstark für einen Einwanderungsstopp plädieren. Laut einer [Umfrage von Elabe/BMFTV](#) Ende September 2021 steht Einwanderung an zweiter Stelle der Themen, die die französischen Wähler:innen umtreiben.

Auch im Streit mit dem Vereinigten Königreich über die Anwendung des Nordirland-Protokolls spitzt sich zurzeit die Lage zu. London möchte den Sonderstatus Nordirlands neu verhandeln und lehnt den Europäischen Gerichtshof als Streitschlichter ab: Ein rotes Tuch für die EU-Mitgliedstaaten. Eine schnelle Lösung in den kommenden Wochen ist nicht absehbar, so dass der **Brexit-Streit** sehr wahrscheinlich in die Zeit der französischen Ratspräsidentschaft fallen wird. Vor dem Hintergrund des angespannten Verhältnisses zwischen Paris und London ist fraglich, wie sehr Frankreich auf eine Einigung drängen wird. Zuletzt hatte der Fischereistreit zwischen beiden Ländern die Beziehungen dramatisch gestört. Dabei spielte auch die Innenpolitik eine Rolle: Macron konnte so zeigen, dass er für französische Interessen eintritt. Gleichzeitig ist das Brexitchaos auch ein hilfreiches Gegenargument gegen die Verheißungen von Europaskptiker:innen in Frankreich.

Der Konflikt um die **Wahrung der Rechtsstaatlichkeit** in Polen und Ungarn wird auch während der Ratspräsidentschaft sehr präsent sein. Der Streit ist weiterhin ungelöst und hat sich durch das Urteil des polnischen Verfassungstribunals, EU-Recht nicht mehr als vorrangig anzusehen, noch verschärft. Die EU-Kommission plant erstmals den neuen Rechtsstaatlichkeitsmechanismus gegen Ungarn [einzusetzen](#). Der Mechanismus erlaubt die Aussetzung der Zahlung von EU-Geldern bei Verstößen gegen die Prinzipien des Rechtsstaats. Macron bietet sich hier eine Gelegenheit, die europäischen Werte von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu verteidigen und sich so vor den französischen Wähler:innen zu profilieren. Allerdings wird er auch eine innerfranzösische Debatte zum Vorrang von französischem Recht vor EU-Recht vermeiden wollen. Genau dies hatten einige Kandidat:innen aus dem rechten Spektrum eingefordert.

Schließlich kehrt die Frage nach dem **Umgang mit der Corona-Pandemie** auf die EU-Agenda zurück. Hochschnellende Infektionszahlen führen in einigen Mitgliedstaaten zu neuen Beschränkungen des öffentlichen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens, während andere bisher verschont bleiben. Gleichzeitig nehmen die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen zu. Die französische Ratspräsidentschaft könnte unter anderem damit konfrontiert sein, über erneute innereuropäische Grenzschießungen/-öffnungen zu verhandeln, gegenseitige medizinische Unterstützung im Fall einer Überlastung der Krankenhäuser zu organisieren und über weitere europäische Hilfen für die Wirtschaft zu beraten. Verschlechtert sich die Situation auch im Januar und Februar, wird das Thema die EU-Agenda stark vereinnahmen. Gleiches gilt für den französischen Präsidentschaftswahlkampf.

Fazit: Drei Monate Zeit, um politische Akzente zu setzen

Die französische Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2022 steht unter einem besonderen Stern. Aufgrund der französischen Wahlen hat Präsident Macron nur drei Monate Zeit, um politische Akzente zu setzen und das europäische Projekt voranzutreiben. Der besondere Rahmen und die politische Dynamik in Frankreich setzen starke Anreize, in dieser ersten Phase Themen vorzubringen, die bereits im Verhandlungsprozess sind und in der französischen Öffentlichkeit eine positive Resonanz hervorrufen.

Ob Digital Services Act, CBAM, europäischer Stabilitäts- und Wachstumspakt, Fitfor55, europäischer Mindestlohn, oder Konferenz zur Zukunft Europas: Bezüge zum französischen politischen Diskurs sind omnipräsent. Hier Ergebnisse vorzuweisen, würde nicht nur die Ratspräsidentschaft erfolgreich machen, sondern auch das europapolitische Profil Macrons in einer Zeit schärfen, in der er sie bestens gebrauchen kann, um wiedergewählt zu werden. Sollte er diese trotz der Störfaktoren erreichen, könnte er damit einen Bogen von seiner berühmten Sorbonne-Rede zu Beginn seiner Amtszeit bis zu seinem derzeitigen Wirken spannen.

Zusammengenommen werden die Wahlen also die Ratspräsidentschaft zum einen anfeuern und Ergebnisse befördern und zum anderen zeitlich und inhaltlich begrenzen.

Gefördert durch:



Hertie School gGmbH - Vorsitzender des Aufsichtsrates: Bernd Knobloch - Vorsitzender des Kuratoriums: Frank Mattern - Akademischer Direktor: Prof. Mark Hallerberg - Geschäftsführer: Dr. Axel Baisch - Sitz der Gesellschaft: Berlin - Handelsregister: Amtsgericht, Berlin-Charlottenburg HRB 97018 B - Hertie School - gegründet und getragen von der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung